

Sicherheit durch Zusammenarbeit

Die wirtschaftliche Dimension der OSZE

Wir sind gegenwärtig Zeugen einer dramatischen Veränderung der Welt. Die bipolaren Strukturen haben sich aufgelöst und multipolaren Entwicklungen Platz gemacht, ohne daß schon absehbar wäre, wie ein künftiges System der Machtverteilung aussehen würde. Ganze Staaten sind verschwunden, andere Staaten sind neu entstanden, Machtpositionen einzelner Staaten im internationalen System haben sich verändert. Eben noch verlässliche Stabilisatoren inner- und zwischenstaatlicher Beziehungen sind fundamentalen Herausforderungen ausgesetzt: Globalisierungsprozesse haben das Wirtschafts- und Sicherheitssystem ergriffen, eine sich stetig weiterentwickelnde Informations- und Kommunikationstechnologie revolutioniert bisherige Strukturen und verlangt mit Macht nach Anpassungsleistungen oder Änderungen. Weltwirtschaft und globale Sicherheit müssen neu gedacht und neu begründet sowie in sinnvolle Ergänzung zu regionalen Lösungsansätzen gebracht werden: Die OSZE und ihre wirtschaftliche Dimension bieten gute Beispiele für die beschriebene Entwicklung.

Der Wandel des Sicherheitsverständnisses

Die OSZE und frühere KSZE hat erheblich dazu beigetragen, das eindimensionale Verständnis von Sicherheitspolitik als rein militärbestimmte und -dominierte Politik abzulösen. In der richtigen Erkenntnis, daß Frieden und Sicherheit nicht nur militärisch bedroht sein können, hat die KSZE schon mit ihrer Schlußakte von Helsinki den Grundstein für eine breiter ausgerichtete Sicherheitspolitik gelegt. Heute gehört es zu dem allseits anerkannten Gemeingut, daß Frieden und Sicherheit nicht nur durch Waffen bedroht sein können, sondern auch durch Unterdrückung von Menschenrechten, durch undemokratisches Verhalten von Staaten, durch Naturkatastrophen und Umwelteinflüsse, durch soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit, wirtschaftliches Gefälle und vieles andere mehr. Notwendigerweise sind auch die herkömmlichen Friedensinstrumente nicht mehr oder zumindest nicht mehr allein tragfähig: Sicherheitspolitik muß ergänzt und komplettiert werden durch eine aktive Menschenrechtspolitik, durch Demokratie- und Parlamentarisierungsförderung sowie durch

wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wurde früher die Garantie für Frieden und Sicherheit in einer möglichst ausgeglichenen Mächtebalance gesehen und hatte später die gegenseitige Abschreckung friedens- und sicherheitsfördernde Wirkung, so kommt diese Funktion an der Schwelle zum 21. Jahrhundert der Kooperation der Staaten zu. Eine möglichst breit angelegte Zusammenarbeit unter möglichst vielen Staaten auf vielen Gebieten vermindert die Risiken für die Sicherheit und den Frieden der Menschheit. Der wirtschaftlichen Zusammenarbeit kommt in diesem Zusammenhang eine ganz entscheidende Bedeutung zu. Angesichts der bereits erwähnten rasanten Globalisierungsprozesse muß jedoch die Frage beantwortet werden, ob wirtschaftliche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene wirklich eine stabilisierende Wirkung hat oder nicht eher destabilisierende Konsequenzen nach sich zieht.

Die Weltwirtschaft zwischen Regionalisierung und Globalisierung

Die Frage, ob die Regionalisierung der Weltwirtschaft eher Baustein oder Stolperstein auf dem Weg zu einem globalen Abbau von Handelshemmnissen ist, ist nicht einfach zu beantworten. Regionale Wirtschaftsintegration ist grundsätzlich ambivalent: Einerseits ist mit ihr zwar immer in der Tat auch ein Stück Abbau von Handelshemmnissen verbunden, andererseits entstehen durch sie zwangsläufig Präferenzeffekte für die Volkswirtschaften der beteiligten Staaten und können durch sie Konflikte zwischen Wirtschaftsblöcken entstehen, die einer globalen Wirtschaftsintegration entgegenwirken.

Natürlich kann man nicht die Augen davor verschließen, daß auch die nach wie vor wichtigsten weltwirtschaftlichen Akteure, die Europäische Union und die USA, die regionale Wirtschaftsintegration als Instrument im globalen Wettbewerb einsetzen. So strebt einerseits die Europäische Union mit den Europaabkommen für die mittel- und osteuropäischen Staaten, den Kooperationsabkommen mit Rußland, Weißrußland, der Ukraine und Moldau sowie mit den neuen EUROMED-Freihandelsabkommen im Rahmen ihres Mittelmeerpartnerschaftsprogramms mit nordafrikanischen und nahöstlichen Mittelmeeranrainern die Schaffung eines Integrationsraumes an, der das gesamte geographische Europa und die Region um das Mittelmeer umfassen könnte. Andererseits versuchen die USA mit regionalen Zusammenschlüssen wie der nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA), der Initiative zur Schaffung einer panamerikanischen Freihandelszone (FTAA) sowie dem ASEAN-Pazifik-Forum (APEC) die Chancen zur Durchsetzung ihrer Interessen im verschärften weltwirtschaftlichen Wettbewerb zu erhöhen.

Aber selbst wenn mit derartigen regionalen Integrationsabkommen eigentlich Ziele strategischer Handelspolitik verfolgt werden sollten, können regionale Integrationsabkommen trotzdem eine positive Wirkung haben. Diese ist vor allem in dem konkurrierenden Export der eigenen marktwirtschaftskonformen ordnungspolitischen Regime zu sehen, der dazu beitragen kann, das Niveau notwendiger Standards und Regeln für den Wirtschaftsprozess weltweit anzuheben und dabei den besseren Regelungen Geltung zu verschaffen. Gerade weil es an derartigen Regelungen in der gegenwärtigen Weltwirtschaft im Zeichen der Globalisierung fehlt, kann es sinnvoll sein, auch auf multilateraler Ebene jenes Mindestniveau an einheitlichen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zu entwickeln. Ich werde darauf im Zusammenhang mit dem von mir vorgeschlagenen Projekt einer OSZE-Wirtschaftscharta noch näher eingehen.

Hier stellt sich gleichzeitig ein sehr viel grundsätzlicheres und sehr ernstes Problem, nämlich das Problem, daß die Steuerungskapazität von Staaten in einigen Bereichen der innerstaatlichen und internationalen Wirtschaftspolitik abgenommen hat. So können die Staaten gegen die globalen Finanzmärkte anscheinend nur noch wenig unternehmen, wie auch die grenzüberschreitenden Informations- und Kommunikationsflüsse durch Staaten nur noch sehr beschränkt regulierbar zu sein scheinen. Von daher wird mehr als deutlich, daß die beschriebenen Globalisierungsprozesse auch fundamentale Rückwirkungen auf unser bisheriges Instrumentarium und unsere Vorstellungen von der Rolle des Staates haben.

Vom Korb zur wirtschaftlichen Dimension

Die ursprüngliche Rolle der KSZE im Wirtschaftsbereich (Korb II der Schlußakte von Helsinki) bestand vor allem darin, das Zusammenleben bzw. die Zusammenarbeit zweier Staatenblöcke mit unterschiedlicher Wirtschaftsordnung zu ermöglichen und dafür ein Regelwerk zu entwickeln. Schon damals war man sich aber darüber im klaren, daß die drei Körbe von Helsinki nicht beziehungslos nebeneinanderstehen, sondern daß vielfältige Interdependenzen zwischen ihnen existieren. So war man sich darüber bewußt, daß Kooperation auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt und Technologie einen wichtigen Beitrag zum Aufbau gegenseitigen politischen Vertrauens und damit zu vermehrter gemeinsamer Sicherheit leisten kann.

Die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes hat auch in dieser Hinsicht einiges an Veränderungen bewirkt, die nicht ohne Auswirkungen auf die Rolle der KSZE bzw. OSZE im wirtschaftlichen Bereich geblieben sind. Diese Entwicklung hat die traditionelle Aufgabe von Korb II der KSZE, die

Ermöglichung der friedlichen Koexistenz zweier getrennter Wirtschaftssysteme, weitgehend überholt. Es gibt keine wirtschaftlichen Systemgrenzen mehr. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat den Weg zur engmaschigen Vernetzung der Volkswirtschaften des OSZE-Raums eröffnet. Die Teilnehmerstaaten der OSZE bekennen sich zur Marktwirtschaft. Ost und West haben erstmals die Chance, gemeinsame Antworten auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu entwickeln.

Grundlegende Bedeutung kam insoweit der KSZE-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa zu, die im Frühjahr 1990 in Bonn stattfand und ohne den Reformprozeß in Osteuropa und die weltpolitischen Umbrüche gegen Ende der achtziger Jahre so nicht möglich gewesen wäre. Auf ihr haben sich alle Staaten Mittel- und Osteuropas erstmals auf die Prinzipien der Marktwirtschaft verpflichtet. Das Bonner Dokument ruht auf drei Säulen:

- Es entwirft eine marktwirtschaftliche, auf Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit basierende Reformstrategie für die mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten,
- es enthält grundlegende Prinzipien und Verhaltensregeln für Unternehmenskooperationen und Investitionen, und
- es ruft die Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten zur engen wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit auf.

Heute sind die mittel- und osteuropäischen Reformländer in die Aktivitäten der internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen einbezogen und integrieren sich immer stärker in die Weltwirtschaft. Sie müssen sich zunehmend - genauso wie die westlichen Industriestaaten - der Herausforderung durch die wirtschaftliche Globalisierung stellen, die in atemberaubendem Tempo überkommene Formen des Wirtschaftens revolutioniert und zur Anpassung bzw. Veränderung der Wirtschafts- und sozialen Sicherungssysteme zwingt.

Von daher läßt sich mit einigem Recht behaupten, daß die wirtschaftliche Komponente der OSZE hinsichtlich der Einschätzung ihrer Bedeutung und Wertigkeit für den OSZE-Prozeß eine enorme Aufwertung erfahren hat. Aus dem Korb ist eine Dimension geworden, die einen wichtigen Beitrag zu dem europäischen Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert leisten kann. Eine wichtige Wegmarke zu dieser Entwicklung ist sicherlich der Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom Dezember 1996 in Lissabon. In richtiger Einschätzung der konfliktpräventiven Bedeutung und Wirkung der wirtschaftlichen Dimension haben die Staats- und Regie-

rungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten auf diesem Gipfel der OSZE die dreifache Aufgabe zugewiesen,

- aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen resultierende Sicherheitsrisiken zu identifizieren,
- ihre Ursachen und möglichen Konsequenzen zu diskutieren und
- die Aufmerksamkeit einschlägiger internationaler Wirtschafts- und Finanzinstitutionen auf die aus diesen Risiken resultierenden Schwierigkeiten zu lenken sowie sie und die internationale Gemeinschaft dazu aufzurufen, geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Lissabon hat darüber hinaus die wichtige Entscheidung gebracht, daß der Ständige Rat der OSZE aufgefordert wurde, das Amt eines Koordinators für die wirtschaftlichen Aktivitäten der OSZE zu schaffen. Dieser soll die Aufgabe wahrnehmen, die wirtschaftlichen Aktivitäten der OSZE zu steuern und zu begleiten. Das Mandat soll vom nächsten OSZE-Ministertreffen in Kopenhagen im Dezember 1997 verabschiedet werden.

Alle diese der OSZE zugewiesenen Aufgaben können und sollten dazu beitragen, daß sich die OSZE ihrer Verantwortung bei der Vertrauensbildung im wirtschaftlichen Bereich noch stärker bewußt wird. In diesem Bereich sind vor allem eine Verständigung auf Grundlagen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und eine gemeinsamen Prinzipien verpflichtete Wirtschaftspolitik erforderlich. Hierzu gehören insbesondere:

- die Entschlossenheit, die für die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung erforderlichen Voraussetzungen zu erbringen; genannt seien hier nur Öffnung der Märkte, Transparenz und Berechenbarkeit in der Wirtschaftsgesetzgebung sowie unbürokratische Abwicklung des grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehrs;
- der Wille zur Integration der Volkswirtschaften aller OSZE-Staaten in die Weltwirtschaft und die Absage an neue wirtschaftliche Trennungslinien;
- die Bereitschaft, günstige Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen zu schaffen, wie z.B. Rechtssicherheit und effiziente Verwaltung, gerechte und nachvollziehbare Besteuerung, gesicherte Eigentumsrechte und offene Märkte;
- die Bereitschaft zur Steigerung der wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtung und Abhängigkeit, insbesondere in den Schlüsselbereichen Energie, Kommunikation und Transport.

Die Verständigung auf und der Dialog über diese Grundlagen schaffen die Voraussetzungen für die Bewältigung von Risiken und Gefahren, die aus

wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Risiken im OSZE-Raum erwachsen können.

Diese Hintergründe, Einsichten und Überzeugungen waren Ausgangspunkt meiner innerhalb der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ergriffenen Initiative, eine "OSZE-Wirtschaftscharta" zu erarbeiten.

Der Beitrag der Parlamentarischen Versammlung zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Dimension

Vielfach ist gar nicht bekannt, daß es innerhalb der OSZE nicht nur ein Forum, sondern zwei wichtige Foren zum Informationsaustausch und zur Diskussion wirtschaftlicher Themen gibt, nämlich neben dem seit 1993 einmal jährlich in Prag von der regierungsseitigen OSZE durchgeführten sogenannten "OSZE-Wirtschaftsforum" auch einen eigenen Ausschuß innerhalb der Parlamentarischen Versammlung der OSZE: den dem ehemaligen Korb II entsprechenden "Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt". Beide Foren zusammen bieten ideale Möglichkeiten für die Teilnehmerstaaten der OSZE, die Herausforderungen im wirtschaftlichen Bereich zu diskutieren und Lösungen zu überlegen.

Als Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Parlamentarischen Versammlung von 1993 bis 1995 hatte ich mich von Anfang an bemüht, die OSZE-Wirtschaftsforen parlamentarisch zu begleiten. Es ist uns auch immer wieder gelungen, eine ausreichende und hochrangige Repräsentanz von Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses der Parlamentarischen Versammlung auf den OSZE-Wirtschaftsforen sicherzustellen. Der Wirtschaftsausschuß kann so in die Rolle eines im besten Sinne parlamentarischen Counterparts der gouvernementalen wirtschaftlichen OSZE hineinwachsen. Aus diesem Grunde habe ich mich als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses auch schon früh um Kontakte und Zusammenarbeit mit den wichtigsten bestehenden internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen wie der OECD, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN-ECE), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), der Weltbank und dem IWF bemüht.

Im Wirtschaftsausschuß der Parlamentarischen Versammlung haben bisher schwerpunktmäßig Beschreibungen und Bestandsaufnahmen des Transformationsprozesses der mittel- und osteuropäischen Länder im Mittelpunkt gestanden. Ich selbst hatte in meiner Zeit als Berichterstatterin im Wirtschaftsausschuß von 1991 bis 1992 Berichte über "Die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft für Aufbau und Festigung demokratischer

Strukturen" und "Wirtschaftlicher Wandel in Mittel- und Osteuropa - Entwicklungen und Perspektiven" vorgelegt.

In beiden Berichten wurden die engen Wechselbeziehungen zwischen den drei Körben von Helsinki sowie zwischen Freiheit, Pluralismus, Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und ausgewogenem marktwirtschaftlichem Entwicklungsziel herausgearbeitet. In beiden Berichten habe ich auf die konfliktpräventive und vertrauensbildende Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hingewiesen und meiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß eine freie und demokratische Wirtschaftsordnung neue Instabilitäten verhindert, dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht vorbeugt und individuelle Freiräume überall in Europa und in den Staaten Nordamerikas sichert.

Durch alle Diskussionen und Resolutionen des Wirtschaftsausschusses zieht sich wie ein roter Faden die Erkenntnis, daß zum einen der Übergang zur Marktwirtschaft für den Aufbau und die Festigung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion von entscheidender Bedeutung ist und zum anderen wiederum die Schaffung solcher Strukturen in den genannten Ländern eine unabdingbare Voraussetzung für die Sicherheit und Stabilität im gesamten OSZE-Raum darstellt. Ich bin jedoch auch davon überzeugt, daß der Wirtschaftsausschuß in Zukunft größeres Gewicht auf die Bewertung des Transformationsprozesses legen muß, weil nur dadurch der Gefahr vorgebeugt werden kann, daß die Transformation an schlecht oder unkoordinierten Maßnahmen oder aus anderen Gründen scheitert.

Was sich in den Diskussionen des Wirtschaftsausschusses der Parlamentarischen Versammlung immer deutlicher herauschält, ist das spezifische Leistungspotential der OSZE im Bereich der wirtschaftlichen Dimension: Wir wissen, daß das Instrumentarium der OSZE, das ihr zur Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der wirtschaftlichen Dimension zur Verfügung steht, beschränkt ist. Bei Konzipierung und Umsetzung von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Unterstützungsmaßnahmen für die Transformationsländer stehen naturgemäß andere Akteure als die OSZE im Vordergrund. Es sind dies vor allem die großen internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen, aber auch etwa die Europäische Union sowie die G-7-Staaten und neue regionale Zusammenschlüsse, wie beispielsweise die Zentraleuropäische Initiative. Trotz alledem ist der Nutzen der wirtschafts- und sozialbezogenen Aktivitäten der OSZE nicht zu unterschätzen: Er besteht zunächst darin, daß die OSZE das größte auf Europa konzentrierte und zugleich über Europa hinausgehende institutionalisierte Forum zur Erörterung der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Entwicklung auf der einen und sicherheitsbezogenen Fragen

auf der anderen Seite darstellt. Die OSZE ist zugleich ein Forum, in dem sowohl entwickelte Industrieländer als auch weniger entwickelte Transformationsländer repräsentiert sind, was nicht nur Gelegenheit zum "Ost-West-Dialog", sondern auch die Möglichkeit zu einer intensiven "Ost-Ost-Kommunikation" bietet, die schon deshalb von Bedeutung ist, da sie einer weiteren Desintegration der Wirtschaftsräume im Osten Europas entgegenwirkt. Schließlich ist die OSZE die wichtigste gesamteuropäische Organisation, die auch solche Länder umfaßt, die keine Chance haben werden, Partner oder Vollmitglieder der Europäischen Union zu werden.

Insofern wäre es sehr wünschenswert, wenn man sich im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf eine "OSZE-Wirtschaftscharta" einigen könnte, eine Idee, die ich in die Parlamentarische Versammlung eingebracht habe und die mittlerweile Gestalt angenommen hat und so weit gediehen ist, daß sich ein auf der letzten Tagung der Parlamentarischen Versammlung in Stockholm eingesetzter Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses mit diesem Projekt befaßt.

Die Idee einer OSZE-Wirtschaftscharta beruht auf den eingangs geschilderten Zusammenhängen: dem Wechselspiel zwischen Regionalisierung und Globalisierung der Weltwirtschaft, der nachlassenden Steuerungsfähigkeit finanzieller, wirtschaftlicher und informationeller Prozesse durch herkömmliche Akteure und nicht zuletzt der Überzeugung von der konfliktpräventiven und vertrauensbildenden Wirkung wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

In der Charta wird zunächst der Versuch einer Verständigung auf eine gemeinsamen Prinzipien verpflichtete Wirtschaftspolitik der Teilnehmerstaaten der OSZE unternommen. Eine derartige Wirtschaftspolitik muß ausgehen von der elementaren Grundtatsache, daß Sicherheit und Zusammenarbeit der wirtschaftlichen Dimension entscheidend von dem Vertrauen aller am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten in verlässliche und transparente Regeln des politischen und wirtschaftlichen Handelns abhängen. Dazu gehört insbesondere Vertrauen in eine verlässliche marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik, die nachhaltigem Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, einem hohen Beschäftigungsniveau, ausgeglichenen öffentlichen Haushalten und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht verpflichtet ist. Dazu gehört Vertrauen in Rechtssicherheit, ohne die wirtschaftliche Betätigung mit schwer kalkulierbaren Risiken behaftet ist. Dazu gehört Vertrauen in die Sicherheit des Marktzugangs und den Schutz von Investitionen und schließlich Vertrauen in die Gewährleistung eines angemessenen Standards sozialer Sicherheit.

Die Globalisierung der Wirtschaft, der Bedarf an zukunftssicheren Arbeitsplätzen und die Belastung der natürlichen Umwelt machen in allen

OSZE-Teilnehmerstaaten große Anstrengungen erforderlich beim Aufbau und bei der Fortentwicklung grenzüberschreitender Infrastrukturen, bei der Nutzung des in allen Teilnehmerstaaten vorhandenen reichen wissenschaftlich-technologischen Potentials und nicht zuletzt beim umweltbewußten und ressourcenschonenden Wirtschaften.

Eine diese Prinzipien beinhaltende OSZE-Wirtschaftscharta kann auch ein wertvolles Instrument bei der Erfüllung der der OSZE durch den Lissabonner Gipfel übertragenen Aufgaben sein, aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen resultierende Sicherheitsrisiken zu erkennen, ihre Ursachen und möglichen Konsequenzen zu diskutieren und die Aufmerksamkeit einschlägiger internationaler Institutionen auf die Notwendigkeit zu lenken, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die aus diesen Risiken resultierenden Schwierigkeiten zu lindern. Insofern kann die OSZE-Wirtschaftscharta auch dazu beitragen, die Bindungen der OSZE an sich gegenseitig verstärkende internationale Wirtschafts- und Finanzinstitutionen zu stärken.

Die OSZE-Wirtschaftscharta ist ein Versuch, in einem regional begrenzten Raum eine gemeinsamen Prinzipien verpflichtete Wirtschaftspolitik zu ermöglichen und damit ein marktwirtschaftskonformes ordnungspolitisches Regime zu verbreiten, welches verhindern soll, daß weltwirtschaftlich unterschiedliche, inkompatible Regelungssysteme und damit neue Handelshemmnisse entstehen.

In die gleiche Richtung geht auf globaler Ebene die Erklärung des Interim Committee des Internationalen Währungsfonds über "Partnership for sustainable global growth" vom 29. September 1996, in welcher sich die 181 Mitgliedsländer des IWF zu einer gemeinsamen Wirtschaftsstrategie verpflichten, die eine ausgewogene Geld-, Fiskal- und Strukturpolitik harmonisch miteinander verbinden soll.

Regionale und globale Wirtschaftspolitik sind keine Gegensätze, sondern können sich in idealer Weise im Interesse eines freien Welthandels ergänzen. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE und ihr Wirtschaftsausschuß werden diese Prozesse auch weiterhin aufmerksam begleiten und sich aktiv an ihnen beteiligen.